

Bern, 20. Juni 2018

Stellungnahme zur Verschärfung des Zivildienstgesetzes

Bundesrat schützt gewaltorientierte Männlichkeitsnorm

Bei der heute vom Bundesrat kommunizierten Verschärfung des Zivildienstgesetzes ist die Sorge um die Armeebestände nur vorgeschoben. Im Kern geht es um die Durchsetzung der traditionellen, gewaltorientierten Männlichkeitsnorm – denn diese wird von Zivildienstleistenden in Frage gestellt. männer.ch kritisiert scharf, dass der Bundesrat den gleichstellungsfeindlichen Rufen gefolgt ist und gewaltfreie Männlichkeiten abwertet.

Die Armeebestände sind nicht in Gefahr, auch nicht bei den Rekruten. Die Sorge darum ist also nur vorgeschoben. Vielmehr geht es um einen Konflikt zwischen unterschiedlichen Männlichkeiten bzw. Männlichkeitsnormen. Die traditionelle, immer noch geltende Männlichkeitsnorm basiert auf Stärke und Überlegenheit und legitimiert Gewalt. In dieser Norm gilt nur ein Soldat als „männlich“, und erst in der Armee wird „man ein ganzer Mann“. Wer sich dieser Norm verweigert und eine gewaltfreie Männlichkeit bevorzugt, wird von den Anhängern der alten Norm abgewertet. Wie dies funktioniert, zeigte zuletzt exemplarisch die Anwürfe von Adrian Amstutz: „Hosenscheisser, Weicheier, Abschleicher“. Diese Männer fühlen sich offensichtlich in ihrer Männlichkeit bedroht, wenn andere Männer andere Formen von Männlichkeit leben – und sich ihnen nicht unterordnen.

Dabei ist offensichtlich, wie schädlich die geltende gewaltorientierte Männlichkeitsnorm ist. Eine tiefere Lebenserwartung, dreimal höhere Suizidrate, massive Übervertretung bei fast allen Gewalttaten und insbesondere auch (sexualisierte) Gewalt gegenüber Frauen sind direkte Folgen davon. Auch um die in der Verfassung verankerte Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, sind gewaltfreie und fürsorgliche Männlichkeiten notwendig. Gleichstellung ist nur möglich, wenn Männer die gleiche Care-Verantwortung übernehmen. Zudem kritisiert männer.ch, dass bereits die Wehrpflicht nur für Männer diskriminierend und gleichstellungsfeindlich ist.

Und noch eine Bemerkung zum immer wieder benutzten Begriff „Abschleicher“: Dieser ist mehrfach unzutreffend. Zivildienstleistende erfüllen ihre Dienstpflicht und leisten sogar einen längeren Dienst. Abschleichen ginge über den sogenannten „Blauen Weg“: die Ausmusterung aus psychischen oder körperlichen Gründen. Und die jetzige Verschärfung zielt primär auf Absolventen der Rekrutenschule. Mündige Bürger also, die die RS und den Armeebetrieb aus erster Hand kennen. Anstatt den qualifizierten Entscheid dieser Männer abzuwerten und erschweren, täten die Armee und rechtskonservative Kreise besser daran, den Ursachen für diesen Schritt zu suchen.

Kontakt

Nicolas Zogg, Leiter Politik, 077 436 00 44, zogg@maenner.ch